

# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1856

16.04.1856 - Sitzung Nr.7

# Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 16. April 1856.

## Tagesordnung:

- 1) Ergänzung:
  - a) der Schuldentilgungsdeputation.
  - b) der Finanzdeputation.
2. Mittheilung des Senats vom 29. Februar 1856. (Budget.)
3. Mittheilung des Senats vom 3. März 1856.
4. Mittheilung des Senats vom 10. März 1856.
5. Mittheilung des Senats vom 25. März 1856. sub Nr. 1 u. 2.
6. Mittheilung des Senats vom 28. März 1856. sub Nr. 3.
7. Mittheilung des Senats vom 31. März 1856.
8. Mittheilung des Senats vom 4. April 1856.
9. Mittheilung des Senats vom 11. April 1856.
10. Antrag, betreffend die Herstellung einer verbesserten Communication zwischen der westlichen Altstadt und der westlichen Vorstadt.
11. Antrag auf Revision der Geschäftsordnung der Bürgerschaft.
12. Antrag auf eine den auf dem Armenhause befindlichen Freiwilligen von 1813, 1814, 1815 zu bewilligende Gratification.
13. Antrag, betreffend Errichtung eines Denkmals.

Eröffnung der Sitzung: 3<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

Nachdem das Protocoll verlesen und genehmigt, zeigte

Herr Präsident an, daß die Bürgerschaft ein Mitglied durch den Tod verloren habe: Herrn W. H. L. Delrichs, erwählt von der 8. Classe, und brachte darauf ein Gesuch des Vertreters H. S. Gerdes um Urlaub für 3 Monate wegen einer Geschäftsreise, zur Sprache.

Dieses Gesuch wurde genehmigt.

Herr Präsident trug ferner vor, daß nach Feststellung der Tagesordnung noch eine Mittheilung des Senats vom 14. April, betreffend Bericht der Baudeputation den Bau eines Geschäftslokals für die Landherren u. s. w. eingegangen sei.

Herr J. H. Höpken stellte den Antrag:

den Gegenstand unter Nr. 9 der Tagesordnung für dringlich zu erklären,

indem er auf das im Bericht Angeführte hinwies und namentlich geltend machte, daß der Verkauf der Baupläze unverzüglich vor sich gehen müsse, wenn die zu erbauenden Häuser noch im Herbst bezogen werden sollen, was doch bei dem 1856.

Mangel an kleinen Wohnungen in Bremerhaven sehr wünschenswerth sei.

Der Antrag des Herrn Höpken wurde angenommen.

Nr. 9 der Tagesordnung:

Mittheilung des Senats vom 11. April d. J.

Ausweisung von Bauplätzen zu Bremerhaven.

Herr Wischmann unterstützte den Deputationsantrag, indem er hervorhob, daß der Mangel an Arbeitskräften, deren jetzt von außen herbeigezogen werden müssen, hauptsächlich in dem Mangel an kleinen Wohnungen in Bremerhaven seinen Grund habe.

Der Antrag der Deputation für die Häfen wurde angenommen.

Nr. 1 der Tagesordnung:

Ergänzung:

a) der Schuldentilgungsdeputation.

b) der Finanzdeputation.

An Stelle des verstorbenen Herrn A. W. L. Delrichs wurden gewählt: a) in die Schuldentilgungsdeputation: von

der 2. Classe Herr Heinrich Lange; b) in die Finanzdeputation: von der 7. und 8. Classe Herr Dr. Herm. Albers.

Nr. 2 der Tagesordnung:

Mittheilung des Senats vom 29. Februar d. J.

(Budget).

Herr Präsident: In letzter Sitzung sei die Berathung des bei den ordentlichen Ausgaben Cap. IX. Pos. 3. Bau- und Unterhaltungskosten der öffentlichen Spaziergänge in Betracht gekommenen

Berichts der Deputation für die öffentlichen Spaziergänge, die Pflege der letzteren betreffend

dadurch unterbrochen worden, daß es einigen Herren beliebte, den Saal zu verlassen und auf diese Weise die Bürgerschaft beschlußunfähig zu machen. Es stehe also dieser Bericht jetzt wieder zur Berathung.

Herr Präsident verlas die in Beziehung auf den Gegenstand in letzter Sitzung gestellten Anträge, sowie die Namen Derer, welche sich zum Wort gemeldet hatten.

Herr Dr. C. Heineken: Der Bericht rechtfertige sich, so scheine es ihm, durch sich selbst. Namentlich habe die Deputation sich auf die ihr gemachten Vorwürfe in der Weise vertheidigt, wie sie es allein konnte. Jeder werde begreifen, daß hier nicht der Ort sei, darzulegen, weshalb die einzelnen Bäume weggenommen seien, auch nicht, — obgleich Herr Dr. Pauli darauf habe hindeuten wollen, — weshalb die Wege so oder so gelegt und keine Ecken und Krümmungen machen sollen. Die Walldeputation konnte nicht anders als das System darlegen, nach welchem sie verfare und er bedaure, daß Herr Dr. Pauli das System in dem Bericht nicht habe finden können, glaube indessen nicht, daß die Deputation hieran schuld sei. Von den gestellten Anträgen scheine ihm der Antrag des Herrn Dr. Delrichs der angemessenste, weil die Bürgerschaft damit kein Geld wegwerfe, was sie möglicherweise sparen könnte. Denn so wie der Wall jetzt sei, werde er auf lange Jahre hinaus erhalten werden können. Einen Beschluß, das Fällen der Bäume abzustellen, wie ihn der erste Antrag des Herrn Dr. Pauli vorschlug, werde die Bürgerschaft nicht aufstellen können: sie würde damit gegen die Ansicht jedes Sachverständigen verstoßen. Am gerathensten wäre, die Sache einstweilen so zu lassen, wie sie sei. Sollte der Antrag des Herrn Dr. Delrichs nicht angenommen werden, so habe er gegen den Antrag des Herrn Höpfen nichts, wohl aber viel gegen den Antrag des Herrn Dr. Pauli einzuwenden, wornach einstweilen ein auswärtiger Techniker engagirt werden solle, der ab und an mal nach Bremen käme, den Wall besuche, wegweise und dafür ein Honorar erhalte. Eine solche Maßregel würde am Ersten dahin führen, den Wall zu untergraben. Wenn der Mann nun herkomme, so werde er, um nicht den Vorwurf auf sich zu laden, als thue er nichts, gezwungen sein, Künsteleien anzufangen, die momentan das Ansehen geben, als ob etwas Gutes damit geschehe. Er halte aber dergleichen Spielereien, um augenblicklich etwas zu erzielen, für das Gefährlichste. Im Allgemeinen Bedacht zu

nehmen auf Anstellung eines Technikers, lasse sich gewiß rechtfertigen. Denn, wenn auch augenblicklich der Wall in gutem Stande sei, werde es immerhin zweckmäßig sein, daß ein Techniker sich längere Zeit erst hier beschäftige, um sich völlig mit der Art und Weise, in welcher der Wall angelegt, bekannt zu machen, ehe er selbstständig vorschreite. Die nähere Instruction dieses Technikers aber dürfte ein Feld sein, auf dem die Bürgerschaft sich schwerlich werde bewegen können. Die Instructionen der Beamten festzustellen, habe seines Wissens der Senat sich vorbehalten, wobei eine vertrauliche Besprechung deshalb mit der Deputation immerhin stattfinden könne. Auch hinsichtlich der von der Handelskammer direct abhängenden Beamten werde bekanntlich die Instruction nicht in der Bürgerschaft berathen, vielmehr werde deren Feststellung regelmäßig dem Senat und der Handelskammer überlassen. Der Redner erklärte sich schließlich nochmals für den Antrag des Herrn Dr. Delrichs.

Herr Ruyter: Wenn mit den Verschönerungen und der Bewirthschaftung der Wallanlagen in bisheriger Weise fortgeföhren werde, so stehe gewiß zu befürchten, daß die Anlage ihren ursprünglichen Charakter verliere: den einer Parkanlage. Der Schöpfer des Walls habe in sehr geschickter Weise die Baumgruppen so angelegt, daß die Anlage weit größer, bedeutender zu sein scheine, als sie in Wirklichkeit sei. Wenn man am Wasser spazieren ging, — er gebrauche absichtlich das Imperfect, weil das Präsens nicht mehr ganz zutrefe, — konnte man vergessen, daß man sich innerhalb zweier Stadttheile befand. Diese Täuschung schwinde aber immer mehr, die Anlagen werden immer durchsichtiger, unruhiger, gelichteter. Man habe viel Werth darauf gelegt, daß die Walldeputation so schöne Fernansichten geschaffen habe. Ja, die ursprüngliche Anlage bot deren auch, nur waren sie immer durch Baumpartien geschlossen, während die Deputation sie auf Häuser eröffnet habe. Wenn man aber Häuser sehen wolle, so brauche man nur in die Stadt zu gehen, da finde man deren genug. Die Bewohner des Walls werden am Ende denen der Contrescarpe in die Fenster sehen. Das sei es nicht, was man eigentlich wünschen müsse. Es sei in letzter Sitzung hervor gehoben: es sei doch sehr ungeeignet, wenn Mitglieder der Bürgerschaft selbst das Bekenntniß ablegten, sie verständen nichts von der Landschaftsgärtnerei und sich doch zugleich ein Urtheil erlaubten. Der Schwerpunkt liege aber nicht in einer speciellen Kunde von der Landschaftsgärtnerei, vielmehr komme es hier darauf an, was man wolle. Da meine er, daß der größere Theil des Publikums einen Park, keinen Blumen garden wolle. Diesen letzteren könne man überall haben, aber einen Park zu schaffen, an Stelle gesunder Bäume, die gefällt, neue zu sehen, dazu gehöre lange Zeit. Unsere Gegend habe wahrlich keinen großen Ueberfluß an Bäumen, im Gegentheil gerade die Baumlosigkeit der Umgegend sei eine große Unannehmlichkeit für die Stadt. Er erkenne die Verdienste der Deputation, die Liebhaberei an, mit welcher sie sich der Sache angenommen habe, und glaube gern, daß sie manches Gute auf dem Wall geschaffen habe. Allein sie gebe zu weit, sie meine, daß ihre Ansicht, die allein richtige, daß sie untrüg lich sei. Sie trage den Wünschen des Publikums in keiner Beziehung Rechnung und er könne nicht leugnen, daß er sich freuen würde, wenn die Sorge für den Wall einmal

anderen Händen übertragen würde. Die Befürchtung, daß unsere Wallanlagen unter der jetzigen Verwaltung das nicht bleiben möchten, was sie nach dem Gedanken ihres Schöpfers sein sollten, sei so allgemein verbreitet, daß ihr hier ein Ausdruck gegeben werden müsse. Er bescheide sich auf Specielles einzugehen. Doch könnte er auch wohl Manches zur Unterstützung seiner Ansicht anführen. Nur die Behauptung müsse er bestreiten, daß die Anlagen in dem Geiste Altmann's fortverwaltet worden. Wenn man ihn fragen könnte, er würde z. B. schwerlich die Anpflanzung so vieler kleiner Gruppen von Tannenbäumen billigen. Er wünsche, daß die Bürgerschaft dafür Sorge, daß die schönen Parkanlagen mit den schattigen Spaziergängen, den Bosquets, wo die Vögel sangen und der Blütenpracht dabei so wie früher erhalten werden, allein es werde immer lichter auf dem Wall und wenn die Bürgerschaft diesen lieb habe, so müsse sie es unterstützen, daß er systematisch und von einem kunsterfahrenen Gärtner behandelt werde. Ob nun der Antrag des Herrn Dr. Pauli in dieser Beziehung das richtige treffe, gebe er anheim. Er wolle ihn unterstützen, möchte aber dazu einige Amendements stellen:

nämlich hinter den Worten „controlliren läßt,“ die Worte: „denn abgesehen davon „bis“ zu stehen scheint“ zu streichen und statt dessen zu sagen: denn die Fortdauer dieser Verwaltung gewährt u. s. w., sodann hinter den Worten: „passende Persönlichkeit“ einzuschalten: „unter den hiesigen Gärtnern.“

Er wünsche lebhaft, daß einer der hiesigen Gärtnere sich als dazu befähigt erweisen und für ein anständiges Honorar Anstellung finden möge, eventuell unterstütze er den Antrag des Herrn H. H. Meier und stelle dazu das Amendement:

bezüglich des Fällens der Bäume hält die Bürgerschaft ihren Beschluß aufrecht.

Er glaube, die Bürgerschaft könne sich sehr wohl so äußern, denn sie habe vorsichtlich nur von gesunden Bäumen gesprochen. Und wenn seither so viele gefällt worden seien, so sei wohl keine Gefahr vorhanden, daß die gute Verwaltung unter dem Beschlusse leide. Uebrigens habe gewiß die Deputation selbst gefühlt, daß sie gegen den Wunsch des Publikums so viel Bäume fällen ließ, sonst würde sie das Füllen nicht haben in der Dunkelheit vornehmen lassen. Er wolle schließlich noch hervorheben, daß es allerdings in allen andern Dingen großes Bedenken haben möge, den Wünschen des Publikums ohne Weiteres Rechnung zu tragen. Hier handle es sich aber nicht um Staatsinteressen, sondern um die Freude des Publikums an einer schönen Anlage. Nun möge die Deputation auch darauf billige Rücksicht nehmen und nicht eigensinnig glauben, daß sie allein es verstehe. Nachdem vor zwei Jahren schon ein Monitum ergangen und es sich jetzt wiederholt habe, sage die Deputation in ihrem Bericht am Schluß: wir bleiben beim Alten. Sei das eine Antwort, wie sie der Bürgerschaft gegenüber sich gezieme? Er glaube es nicht.

Herr H. H. Schröder: Wohl habe die Deputation ein sehr wahres Wort gesprochen, wenn sie sage, daß in dieser Angelegenheit ein Jeder seine Meinung für untrüglich zu halten pflege. Dies stimme ganz damit, was man in voriger Sitzung von Herrn Höpfen gehört habe: daß er nur den

Fürsten Pückler-Muskau für würdig halte, aus seinen Händen die Verwaltung des Walls zu übernehmen. Gerade die Werke, die das Licht scheuen, seien gewiß der Stadt nicht genehm und das Fällen der Bäume im Dunkeln zeige wirklich, daß die Deputation kein besonders gutes Bewußtsein gehabt haben müsse. Aber er wolle auf einen weit ernstern Punkt aufmerksam machen. Es bestehe ein Deputationsgesetz und es frage sich nun hier, ob dieses gehandhabt werden solle oder nicht. Dasselbe besage, daß in jeder Deputation der betreffende Vorsitz mit dem Techniker die Ausführung habe. Hier habe man aber den Techniker durchaus beseitigt. Die Deputation habe beschlossen, daß ihr Techniker sich gar nicht darum bekümmern soll. Wozu sei dieser aber da und werde er besoldet? Wenn er untauglich sei, so müsse er entlassen werden, sei er aber das nicht und die Liebhaberei der Dilettanten solle vorgehen, dann müsse ein Ende gemacht werden. Sollte eine Meinung herrschen, dann sei dazu gewiß besser die eines tüchtigen Technikers als die von Dilettanten. Der Wall sei doch Allen zu lieb. Er mache auch auf die Folgen aufmerksam. So gut wie in dieser Deputation könnte dann auch in jeder andern Deputation der Techniker beseitigt werden, z. B. in der Baudeputation. Wohin würde das führen? Dann käme man wieder in die Deputationswirthschaft, die nach seiner Ueberzeugung glücklich das Jahr 1848 beseitigt habe, in die Wirthschaft, wo Jeder, der ein Amt hatte, auch glaubte, den Verstand zu haben, es durchzuführen. Er glaube, in dieser Hinsicht gehe die Verwaltung jetzt besser. Abgesehen davon solle sich eine Deputation nicht von dem bestehenden Gesetze emancipiren. Er unterstütze den Antrag des Herrn H. H. Meier.

Herr Vultzhaupt: Er glaube, daß es ihm nicht sehr schwer fallen würde, das Widersprechende der Ansichten Derjenigen, welche das Verfahren der Deputation in Schutz genommen haben, zu widerlegen. Er wolle davon vorläufig absehen, und zuerst nur daran erinnern, daß die Bürgerschaft durchaus in dieser Angelegenheit weiter zu handeln, befähigt sei. Er mache diese Bemerkung, weil geäußert sei, alle Redner hätten erklärt, nichts von der Sache zu verstehen, und die Bürgerschaft wäre daher nicht competent weiter in der Sache zu urtheilen. Er habe aus den verschiedenen Vorträgen, welche in letzter Sitzung in dieser Sache gehalten worden, z. B. aus dem des Hrn. Haar ersehen, daß in der Deputation ein so eminentes Fachkennner in der Person des Herrn Dr. Heineken und daß ferner Herr Höpfen immer auf dem Wall zu finden sei. Wenn nun die Bürgerschaft zu einer Deputation solche Männer committirt habe, könne man von vornherein sagen; die Bürgerschaft weiß wohl über diese Angelegenheit zu beurtheilen und sie werde wohl in Zukunft das Richtige treffen, sie werde wie das Sprüchwort sage keinen Boel schießen, auch wohl in Zukunft darauf sehen, daß kein Boel zum Gärtner gesetzt werde. Jetzt gehe er zu dem Deputationsbericht über. Als Vorbemerkung wolle er vorausschicken, daß er mit der Ansicht des Herrn Hofgärtners Bosse ganz übereinstimme, wenn derselbe sage: die Lindenreihe vor dem Osthore sei noch zu fällen. Diese Linden seien nämlich die Rudera einer früheren Allee, sie stehen jetzt durchaus unmotivirt und unschön da. Doch das sei Nebensache. Die wichtigste Stelle in diesem Bericht sei die, welche die Behauptung enthalte: die Deputation habe ganz

im Geiste des genialen Altmanns verfahren. Wenn dem so sei, so würde er es unerhört nennen, der Deputation auch nur den leisesten Vorwurf zu machen. Aber dem sei nicht so und er bestreite es von seinem Standpunkt aus auf das allerentschiedenste, daß die Deputation so gehandelt habe. Um die Sache von einem richtigen Gesichtspunkt abzuhandeln, so werde dabei die Frage aufzuwerfen sein: was mag bei Anlegung des Wall's der leitende Gedanke Altmanns gewesen sein. Er erlaube sich diese Frage zu beantworten. Altmann habe versucht die Natur zu copiren. Er habe vor den Mauern unserer Stadt eine Landschaft darstellen wollen, welche auf den Beschauer den Eindruck mache, als habe die Natur sich aus sich selbst, nicht durch Menschenhand, den Bewohnern unserer Stadt zu Liebe gleichsam in ihrer schönsten Pracht entfaltet. In dieser Landschaft sollen sogar die Blumenbeete nur ein unwesentlicher Zierrath sein und nicht einmal dazu dienen, die Schönheit der Landschaft zu bilden. Wie ein schönes Menschenangezicht auch schön sei ohne mit einem Blumenranze geschmückt zu sein, so sollte auch die Landschaft ohne Blumenbeete schon im Stande sein, den Kunst- und Schönheitsfinn der Bewohner Bremens zu beleben. Die Deputation zeige aber schon durch die neu angelegten Wege, denen Herr Höpken weiche runde Formen zuschreibe, daß sie von der genialen Idee Altmanns abgewichen sei. Ihm war die Landschaft die Hauptsache, der Deputation scheinen die Blumenbeete die Hauptsache zu sein; er bequeme stets die Wege den Bäumen an, die Deputation mache es umgekehrt; er ordnete Kleinigkeiten den Rücksichten auf die Kunst unter, die Deputation ordne dagegen die Kunst den kleinsten Rücksichten unter: die Anwohner der Contrescarpe und des Wall's sollen sich gegenseitig auf die Hausflur schauen können, die Wege müssen runde weiche Formen haben um bequem darauf lustwandeln zu können. Das heiße nicht der Kunst Rechnung tragen. Die Deputation scheine darin gefehlt zu haben, daß sie, wie Herr Dr. Heineken bemerkte, den Wall aus dem Styl Altmanns heraus habe verbessern wollen. Die Deputation nenne selbst Altmann einen genialen Mann, das genialste Werk dieses genialen Mannes sei der Wall. Bekanntlich könne man geniale Werke wohl verändern aber nicht verbessern. Solches vermeintliche Verbessern nenne man verballhornistren. Frage man nun aber: war die Deputation befugt, solche Veränderungen auf dem Walle vorzunehmen, so antworte er mit einem entschiedenen Nein. Die Deputation habe keine Veränderungen in den Anlagen, sondern Veränderungen der letzteren selbst vorgenommen. Der Wall war der Deputation zur Erhaltung übergeben. Weiter durfte sie nicht gehen. Dürfte es geduldet werden, daß solche aus dem Styl heraus verbessernde Veränderungen an architektonischen Kunstwerken, z. B. am Rathhause vorgenommen werden? So gut wie die Deputation sich ermächtigt glaubte, 20 Bäume zu fällen, so gut könnte sie sich herausnehmen, den Wall einmal baumleer zu machen. Würde sie zur Rechenschaft gezogen, so würde sie sich immer vom ästhetischen Standpunkte aus zu rechtfertigen suchen. Es gebe aber auch eine Aesthetik des Häßlichen. Was nun die gestellten Anträge betreffe, so werde er für den Antrag des Herrn Dr. Pauli nicht stimmen: wie der Wall jetzt viele Blumenbeete und wenig Landschaft habe, so habe dieser Antrag zu viele Worte, zu wenig Gedanken. Er könne auch den Antrag des Herrn H. H. Meier nicht ganz billigen. Dieser habe ihm zu weiche runde Formen Er hätte

gern einen etwas geharnischten Antrag gesehen. Da dieser aber nicht vorliege, so empfehle er den Antrag des Herrn H. H. Meier.

Herr Johs. Kösing beantragte:

Schluß dieser Verhandlung.

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Herr Joh. Höpken: Wenn er gewußt hätte, daß man mit solcher Beharrlichkeit darauf bestehen würde, keine Bäume zu fällen, nachdem der Bericht hier erschienen und überhaupt die Klagen noch so ausdehnen und gleichsam vervielfältigen werde, so hätte er sich durchaus nicht entschließen können, den Bericht zu unterschreiben, ohne daß das Gutachten dabei gegeben worden. Er glaube nämlich es sei nicht mehr als gerecht, daß die Bürgerschaft, wenn dergleichen Anträge kommen, die einen Tadel aussprechen, von Herren, die, — das könne er nicht beurtheilen, — es wohl sehr genau verstehen müssen, obgleich sie sich heute darüber nicht ausgesprochen haben, erst das Gutachten lese, in der Zeit wo der Wall grün werde, um vergleichen zu können wer Recht habe. Herr Boffe sei ein Freund und Zeitgenosse von Altmann gewesen, er sei noch dazu ein Bremer und könne also am allerbesten sagen, ob die Deputation im Sinne von Altmann verfahren habe oder nicht. Der andere Sachverständige welcher hier war, Herr Bintelmann, habe sich eigens zum Präses der Deputation führen lassen, um ihm zu erklären, daß er durchaus mit der Leitung des Wall's einverstanden sei und bemerkte nur, daß ihm nicht genug Bäume gefällt waren und daß an vielen Stellen man noch dabei bleiben müsse, Bäume zu fällen. Die Deputation denke nicht einmal mehr daran, daß das von großem Belang sein werde. Nun klage man, daß so viel Bäume gefällt seien. Er sei kürzlich über den Wall gegangen um zu sehen, wo er noch einen schönen Baum placiren könne. Er finde aber keinen passenden Platz dafür. So viel Bäume stehen noch auf dem Wall. Und die Herren werden ihm wohl zutrauen, daß er sich darnach gehörig umgesehen habe. Nun werde der Deputation vorgeworfen, sie hätte Kreuze an die Bäume malen lassen, welche noch alle verschwinden sollen. Das habe die Gasdeputation gethan um die Stellen zu bezeichnen, wo ein Rohr herausgeleitet werde. Mitten in den Alleen seien Bäume bezeichnet. Die Herren werden doch nicht annehmen, daß die Deputation so verfahren werde. Diejenigen, welche ihn beschuldigen, sollten doch etwas Sachkunde haben. Die Striche an den Bäumen ließen sich nicht vertilgen, weil sie mit durchdringender Farbe gemacht seien. Er mache nun darauf aufmerksam was daraus folgen würde, wenn die Bürgerschaft den Beschluß in Betreff des Fällens der Bäume aufrecht erhalte. In kurzer Frist müssen aus Sanitätsrücksichten Bäume auf dem Wall gefällt werden. Nach dem gefaßten Beschluß müßten Senat und Bürgerschaft über jeden einzelnen Baum Beschluß fassen. Da nun aber die ganze Stadt das größte Interesse am Wall nehme, so wäre es richtiger, man ginge an die Urwähler und ließe durch Stimmenmehrheit festsetzen, ob der Baum fallen müsse oder nicht. Nehme die Bürgerschaft einen solchen Beschluß an, so werde Niemand mehr daran denken, einen Baum auch nur anzurühren. Was für Inconvenienzen könnte das haben! — Was er von dergleichen guten öffentlichen Anlagen gesehen habe, da seien

immer Privatleute mit in der Verwaltung gewesen. Und so war es auch immer in Bremen. Immer hatten bürgerliche Deputirte mit Altmann gemeinschaftlich die Leitung der Wallanlagen. In Görlitz, in Maestricht z. B. seien die Anlagen in den Händen von Privaten. In Braunschweig dagegen und in Leipzig nicht. An letzterem Orte wohne der erste Schriftsteller in der Gärtnerei, der die dortigen Anlagen unter Aufsicht habe. Diese werde aber Niemand hübsch finden, denn es seien zu viele Bäume als Stangenholz aufgegangen, die sich nun auch gar nicht mehr beseitigen lassen. Die Anlage im Braunschweiger Schloßgarten sei auch nicht in dem Gedanken gemacht, daß alle Bäume groß werden sollten. Man freue sich ordentlich, wenn man aus den dumpfen Anlagen herauskomme. Die Ausführung der Wasseranlagen sei ganz ähnlich der auf unserm Wall. Nun müsse er noch sagen, daß nicht die Hälfte der gefällten Bäumen gepflanzt waren. Sie gingen auf aus dem verstreuten Samen der Eschen, Akazien, Ahorne zc. Sie entwickelten sich unbeachtet; jedes Jahr werde der Samen der Bäume auf diese Weise durch den Wind verstreut, und im Schatten von Bosceten wachse er, wenn er lose Erde finde, zu Bäumen auf. Nun beschwere man sich, daß die Deputation den Wall verändert habe. Es sei aber nichts verändert. Hinsichtlich der Anlage am Olbersdenkmal mache er darauf aufmerksam, daß Steinhäuser selbst, als er hier war, die Zeichnung gesehen und ganz bestimmt gesagt habe: So muß es sein, ich stimme ganz dafür. Die Deputation mochte anfänglich die Sache nicht anfassen und hätte sie gern Anderen übertragen. Weil aber Steinhäuser so entschieden sprach, entschloß sich die Deputation dazu. Die Partie beim alten Wall mußte in Angriff genommen werden, in Folge der baulichen Veränderungen in jener Gegend. Die Anlage beim Stephanithor habe die Eisenbahn genommen. Das Andere sei so geblieben. Der Redner wies nochmals darauf hin, daß Herr Bosse ebenso wie in der Blumen-, auch in der Landschaftsgärtnerei eine Autorität sei, und daß er zu derselben Zeit, wo Altmann den Wall angelegt habe, den Oldenburger Schloßgarten anlegte. Die Herren, welche den letzteren kennen, werden wissen, daß beide Parteien ziemlich viel Aehnlichkeit mit einander haben. Er halte seinen früheren Antrag aufrecht. Beschlüsse hinsichtlich der Pflege des Walls zu fassen in einer Zeit, wo der Wall kahl sei, halte er für unbillig und Billigkeit könne er von der Bürgerschaft wohl erwarten.

Herr Archivar Dr. Meinerzhagen: In dem Antrag des Herrn Dr. Pauli sei gesagt, und zu seiner großen Verwunderung habe Herr Schröder dieß noch wiederholt: daß es gegen das Deputationsgesetz wäre, wenn ein bürgerchaftliches Mitglied einer Deputation in dieser Beziehung mit einiger Selbständigkeit verfare. Nun möchte er wohl wissen, gegen welchen Wortlaut oder Sinn des Deputationsgesetzes ein solches Verfahren sein solle. Herr Schröder behaupte sogar, es stände in diesem Gesetz, daß der Vorsitzer mit dem Sachverständigen allein die Sache zu ordnen also der bürgerliche Deputirte nichts dabei zu sagen habe, und daß die Bürgerschaft, wenn ihr überhaupt das Gesetz lieb sei, es auf's schärfste rügen müsse, wenn ein Mitglied eine selbständigere Thätigkeit in einer Deputation entwickle. Hierüber habe er sich im höchsten Grade gewundert. Der Obergärtner stehe unter der Deputation; daß diese sich in Beziehung auf ihn gewöhnlich durch

den Vorsitzer äußere, sei wohl sachgemäß; es leide aber auch keinen Zweifel, daß der Rechnungsführer mit Genehmigung des Vorsitzers mit dem Obergärtner Anordnungen treffen könne. Wer die Mitwirkung der bürgerchaftlichen Deputirten in den Deputationen wolle, der hüte sich vor der Anerkennung des Gesetzes, daß nur der Vorsitzer mit dem Beamten regiere. Was die Sache selbst angehe, so sei er weit entfernt, sich auf einzelne Vorwürfe einzulassen. Er glaube, daß die Anregung dieses Gegenstandes insofern nutzenbringend sein werde, als die Deputation künftig mehr die Wünsche des Publikums berücksichtigen und namentlich mit dem Fällen von Bäumen doppelt sparsam sein werde. Für jeden einzelnen Baum sei ein Deputationsbeschluß erforderlich, also die Ansicht des Rechnungsführers oder des Vorsitzers entscheide nicht darüber. In dieser Beziehung sei man also wohl für die Zukunft gesichert vor jedem leichtfertigen Fällen von Bäumen, wenn dieses vorgekommen sein sollte. Er glaube aber nicht, daß Bürgerschaft dafür sei, daß man nach einem anderen Systeme verfahren werde als bisher, wenn ein fremder Techniker angestellt werde. Es komme nur darauf an, daß auf die schonendste Weise in dem Geiste des Gründers die Anlage weiter geführt werde. Sie ließ sich nicht ganz conserviren, weil seitdem die Contrescarpe bebaut worden. Er unterstütze den Antrag des Herrn Dr. Delrichs. Was das Gutachten betreffe, so werde die Deputation es wohl bei irgend einer Gelegenheit freiwillig der Bürgerschaft mittheilen, die Bürgerschaft brauche deshalb ihrerseits wohl nicht darauf anzutragen.

Herr Eng. Klug ist: Er mache darauf aufmerksam, daß der Bürgerschaft heute noch eine große Zahl von Verathungsgegenständen vorliege. Er wolle daher, um nicht zu ermüden, einfach sich der Ansicht des Herrn Ruyter anschließen. Nur gegen das von Herrn Schröder Gesagte hinsichtlich der Mitwirkung der bürgerchaftlichen Mitglieder in Deputationen behalte er sich vor, bei einer anderen Gelegenheit seine abweichende Ansicht geltend zu machen. Er warne aber der Behauptung dieses Herrn Glauben zu schenken. Jeder der früher in Deputationen gewesen, werde den traurigen Unterschied zwischen jetzt und früher erfahren haben. Es sei aber ein Jammer, wenn Mitglieder der Bürgerschaft zugeben, daß die Sache in der Weise gehandhabt werden müsse, wie es leider in manchen Deputationen der Fall sei. (Bravo!)

Herr Ordemann: Auch er glaube, daß die Deputation und besonders der Rechnungsführer im Rechte war, selbstständig zu verfahren. Das Deputationsgesetz schreibe nicht vor, daß der Vorsitzer mit dem Techniker die Verwaltung habe, vielmehr seien darnach obrigkeitliche Handlungen vom Vorsitzer selbst vorzunehmen und wenn der Rechnungsführer mit dem Vorsitzer einverstanden sei, könne der Rechnungsführer dieß auch thun. Er halte dafür, daß sich die Bürgerschaft das Gutachten geben lassen müsse. Bis dahin könne die Sache sehr gut ausgesetzt werden. Unser Wall werde im Westen bedeutende Veränderungen erfahren. Dort werden viele der schönsten Bäume gefällt werden müssen. Deshalb wäre es wohl gut, mit der Berufung eines Kunstgärtners noch zurückzuhalten. Dieser werde neue Anlagen schaffen wollen und wer wisse, ob das Publikum damit zufrieden sein werde. Die Walldeputation werde sich gewiß hüten weitgreifende Aende-

rungen vorzunehmen; sie werde sich immer nach dem Geschmack des Publikums richten müssen. Deshalb sei er für die Anträge des Herrn Dr. Delrichs und des Herrn Höpfen.

Herr Wischmann war für den Antrag des Herrn Dr. Delrichs und gegen den Antrag des Herrn Dr. Pauli. Er hoffe, die hier gepflogene Discussion werde das Gute haben, daß die Walldeputation, wenn sie etwas weiter gegangen sei mit dem Fällen der Bäume, als der allgemeine Wunsch war, sich dieses werde zur Lehre dienen lassen. Gegen die Anstellung eines Gärtners sei er durchaus. Da habe man gar keine Garantie, wie Herr Dr. Heineken schon bemerkt habe. Man lasse es nur treiben, die Natur werde bald nachhelfen und das, was zu viel gefällt worden, werde bald wieder nachwachsen. Die Bürgerschaft möge sich das Gutachten des Herrn Boffe geben lassen, dieser Mann sei ein Freund und Zeitgenosse von Altmann und in seinen Geist eingeweiht. Er werde der Bürgerschaft zeigen, ob die Deputation nach seinem Sinn und Willen gehandelt habe. Dieser Mann sei gewiß ein berühmter Gärtner. Wollen die Herren nun noch einen andern Techniker, dann mögen sie es sagen: der ist es, dessen System gefällt uns. Aber sie sagen Alle: wir verstehen es nicht.

Herr Johannes Rösing beantragte:

Schluß der Debatte.

Herr Richter Meyer stellte das Amendement:

Hinzuzufügen: Bezüglich des Fällens der Bäume hält die Bürgerschaft den von ihr ausgesprochenen Wunsch aufrecht.

Herr Dr. Heineken erhielt das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Herr Vulthaupt habe sich ein Wortspiel erlaubt, mit einer Aeußerung, die er, der Redner, angeblich solle gethan haben, als ob die Walldeputation den Plan Altmanns verbessern wolle. Dergleichen Aeußerungen habe er nicht gethan und wenn Herr Vulthaupt etwas Aehnliches gehört habe, so habe er es aus dem Zusammenhang gerissen.

Herr Präsident ersuchte den Redner, nicht wieder auf die Verhandlungen einzugehen.

Herr Dr. Heineken: Er habe nur bemerken wollen, daß er nichts Anderes gesagt habe, als daß die Walldeputation im Geist und nach dem System Altmanns den Wall zu verbessern gesucht habe.

Herr Dr. Delrichs stellte das Amendement zu allen Anträgen:

Zu gleicher Zeit spricht die Bürgerschaft den Wunsch aus, daß die Polizeibehörden angewiesen werden, gegen den Unfug der Knaben in den Wallanlagen erforderlichenfalls einzuschreiten.

Der Redner modificirte seinen Antrag später dahin:

daß es statt Knaben, Jugend heiße,  
da wohl nicht die Knaben allein den Unfug machen.

Herr Dr. Pauli: Da der Antrag des Herrn H. H. Meier im Wesentlichen dasselbe besage, so ziehe er seinen Antrag zur Vereinfachung zurück.

Herr H. H. Meier stellte das Subamendement zu dem Amendement des Herrn Dr. Delrichs:

daß es heiße gegen den Unfug der Jugend und der Erwachsenen.

Die Herren Dr. Delrichs und H. H. Meier vereinigten sich auf den Vorschlag des Herrn Präsidenten zu folgender Fassung ihrer Amendements:

Zu gleicher Zeit spricht die Bürgerschaft den Wunsch aus, daß die Polizeibeamten angewiesen werden möchten, mit möglichstem Nachdruck gegen Beschädigungen der Wallanlagen einzuschreiten.

Herr Nuyter nahm den Antrag des Herrn Dr. Pauli wieder auf.

Es wurde nun zur Abstimmung geschritten: Die Anträge des Herrn Joh. Höpfen und des Herrn Kirchhoff wurden abgelehnt, das Amendement des Herrn Dr. Delrichs wurde angenommen, das Amendement des Herrn Richter Meyer zu dem Antrag des Herrn H. H. Meier wurde ebenfalls angenommen, fiel jedoch wiederum, da der letztere selbst abgelehnt wurde. Es kam nochmals zu dem Antrag des Herrn Dr. Delrichs zur Abstimmung und wurde angenommen. Ebenso wurde der Antrag des Herrn Dr. Delrichs angenommen.

Es wurde nun der

**Bericht der Deputation für die öffentlichen Spaziergänge, die Anlegung eines Spazierweges außerhalb der Stadt betreffend**

in Berathung genommen.

Herr Dannemann stellte zunächst in Beziehung auf eine Stelle im Bericht, wo es heiße: „Die übrigens auch mit mäßigen Kosten herzustellende Fortsetzung des Weges vom Stau über das Schwachhauser Feld nach der Miensberger Straße wird füglich bis zum nächsten Jahre ausgesetzt bleiben können; schon jetzt ist ein solcher Weg vorhanden,“ die Anfrage, welchen Weg die Deputation hiermit bezeichne? Seines Wissens gebe es keinen Weg vom Stau nach der Miensberger Straße.

Herr Joh. Höpfen: Es sei bloß angedeutet, daß dies möglicherweise in späterer Zeit einmal herzustellen wäre, wenn Rath und Bürgerschaft es beschlössen. Der Weg gehe, soviel er wisse, jetzt über das Schwachhauser Feld und komme bei Ulrichs Grundstück heraus. Er wisse freilich nicht, ob er von Jedem benutzt werden dürfe. Jedoch das finde sich später. Hier handle es sich nur um einen Weg von der Stadt nach dem Stau.

Herr Dannemann stellte den Antrag:

den Beschluß über den Bericht auszusetzen und die Deputation aufzufordern, erst über den weiter zu führenden Weg einen Bericht mit Kostenanschlägen vorzulegen.

Herr Höpken führe einen Weg an, der ein Privatweg sei, darüber könne die Bürgerschaft nicht entscheiden, es müßte erst Land expropriirt werden, oder die Grundbesitzer müßten sich einigen. Er glaube, das würde ein kostspieliger Spazierweg werden, denn er würde nicht allein Kornfelder, sondern Wiesen und Weiden durchschneiden und bekanntlich sei das eine große Sünde für den anliegenden Grundbesitzer. Seines Wissens sei der Deputation damals auch nicht aufgegeben worden, einen Spazierweg nach Schwachhausen und der Niensberger Straße vorzuschlagen, sondern man wollte einen Spazierweg rund um die Weide.

Herr J. F. Philippi trat der Ansicht des Vorredners bei, daß die Bürgerschaft den Bericht, so wie er vorliege, nicht annehmen könne. Auch er glaube, daß vom Stau nach Schwachhausen kein Weg führe und wenn ein solcher hergestellt werde, dies nur mit großen Opfern geschehen könne. Den Weg bis zum Stau herzustellen, dafür liege kein Grund vor, auch enthalte der Bericht wieder einen Angriff auf die Bürgerweide, welche in der letzten Zeit deren leider schon viele erlitten habe. Es werde eine ziemliche Strecke von der Weide wieder in Anspruch genommen. Jedenfalls müßte doch die Weidedeputation darüber gehört werden, ob und wie es einzurichten sei.

Herr C. Klugkist: Es scheine als ob Herr Dannemann den Bericht nicht gelesen, jedenfalls die von Herrn Höpken gegebenen Erläuterungen nicht verstanden habe. Die Bürgerschaft habe einen staubfreien Spazierweg für Fußgänger gewünscht. Wenn nun die Deputation angedeutet habe, daß vielleicht späterhin dieser Weg weiter zu führen wäre, so sehe er nicht ein, inwiefern dies einen Grund zur Ablehnung des jetzigen Vorschlags abgeben könne. Die Bürgerschaft werde nicht zu befürchten haben, daß sie eines schönen Tages überumpelt werden könne. Wer zur Stelle sei könne sicher sein, daß dergleichen nicht passire. Mit welchem Grunde man dem Vorschlag der Deputation entgegen sein könne, begreife er nicht. Diejenigen, welche da fahren und reiten, sollten keine Ansicht äußern, sondern erst einmal die Chaussee gehen und den Staub einschlucken und hinterdrein sprechen. Die überwiegende Mehrzahl gehe zu Fuß und für diese einen staubfreien Weg zu schaffen, sei wohl der Mühe werth. Es gebe kaum einen Platz so groß wie Bremen, der nicht öffentliche Spaziergänge außerhalb der Stadt habe. Bremen habe allerdings den Vorzug vor anderen sandigen Gegenden, daß es seine schönen Anlagen besitze, allein in heißen Tagen genüge das nicht. Ein Jeder wolle auch einmal hinaus ins Freie, das Feld, den Acker, die Blüten zu sehen, deren man auf dem Wall wenig finde. Jetzt müsse man auf der Chaussee gehen, die staubig sei von Wagen und Reitern. Das Publicum werde es freudig begrüßen, wenn die Bürgerschaft diese Summe bewillige. Der Streifen der Weide, welcher in Anspruch genommen werde, sei, wie die Herren sich überzeugen können, sehr wenig werth und durch den Spaziergang werde eine Zierde, eine Annehmlichkeit für die Stadt geschaffen, freilich im Wesentlichen erst für die kommende Generation, denn es vergehe immer erst einige Zeit, ehe der Spazierweg ein schattiger werde. Im Uebrigen hätte er gewünscht, daß man eine etwas größere Breite genommen hätte. Es sei angeführt, daß die Deputation sich erst mit der Verwaltung der Weide in

Einvernehmen sehen müsse. Das sei selbstverständlich und brauche daher nicht erst gesagt zu werden. So viel Rücksichten nehmen die Deputationen schon von selbst auf einander.

Herr Richter Klugkist war ebenfalls der Ansicht, daß hier die Fortsetzung des Wegs durchaus noch nicht vorgeschlagen sei, sondern nur als ein Motiv angeführt werde, um gerade diese Richtung für den Spaziergang zu wählen. Was nun die Frage wegen der Walldeputation betreffe, so liege der Vorschlag ja Allen, also auch der Weidedeputation vor, das Land werde durchaus sonst nicht benützt und es würde also eine reine Formsache gewesen sein, erst mit der Weidedeputation zu berathen.

Herr Dr. Delrichs schloß sich der Auffassung des Herrn Philippi an: die Walldeputation habe sich eben nicht mit der Weidedeputation in Einvernehmen gesetzt und das finde er nicht in der Ordnung. Er müsse doch erst zusehen werden, ob nicht Bedenken dagegen seien. Er habe namentlich das Bedenken, daß dort die Schießbahn in der Nähe und die Spaziergänger möglicherweise dadurch in Gefahr kommen könnten.

Herr Dr. Adami war für den Deputationsantrag. Die Umgegend von Bremen entbehre so sehr der landschaftlichen Schönheit, und seine Bevölkerung habe so wenig Gelegenheit die Freude an der Natur zu genießen, daß man ihr eine wahre Wohlthat schaffen würde, wenn man Anlagen machte nach dem Muster anderer Städte. Er erinnere an England, z. B. an London, Liverpool, wo große Parke des Sonntags dem Publikum offen stehen, das dann dort einen Theil des Tages zubringe; an Berlin, wo große Plätze zu Spaziergängen verwendet worden. Er stimme Herrn Dannemann darin bei, daß der Weg nach der Niensberger Straße den Interessenten der Pagenthorner Feldmark gehöre. Mit diesen sei wohl möglicher Weise ein Abkommen zu treffen, auch wäre wohl noch auf einem Communalwege an der kleinen Wumme weiter zu kommen, der augenblicklich zu einem Deich benützt werde. Er mache ferner darauf aufmerksam, daß die Bürgerschaft, wenn sie diesen Spaziergang genehmige, die Bürgerweide zu einem Schatz der ganzen Bevölkerung mache, während sie jetzt nur dem materiellen Nutzen einiger diene. Hinsichtlich der Schießbahn mache er darauf aufmerksam, daß diese in einer andern Richtung liege und daher keine Gefahr zu besorgen sei.

Herr Dunze stellte folgendes Amendement:

Bei dieser Gelegenheit ersucht die Bürgerschaft den Senat: in geeigneter Weise dafür Sorge zu tragen, daß die jetzt vorhandenen Spaziergänge außerhalb der Stadt, namentlich hinsichtlich der Baumpflanzungen in möglichst gutem Stand erhalten werden.

Er habe schon früher auf den schlechten Zustand der Voltmershäuser Allee aufmerksam gemacht, wo an Stelle der abgestorbenen Bäume keine neuen gepflanzt werden. Die Wegbaudeputation habe aber diese Straße nicht unter Händen. Nahe dem Thor seien auch Bäume gepflanzt worden, wobei man nicht begreifen könne, daß eine Behörde so schlechte Bäume pflanzen lasse. Der Landherr, welcher selbst sehr darauf sehe, daß die Wege in gutem Zustand seien, werde hiervon nichts wissen. Allein es müsse doch gerügt werden.

Herr H. H. Meier war gegen den Deputationsantrag. Herr Richter Klugkist habe richtig bemerkt, daß das Motiv diese Richtung zu wählen, darin bestehe, daß der Weg weiter geführt werden könne. Sowie er aber die Betheiligten kenne, werden sie nicht ihren Weg zu einem öffentlichen Spaziergange hergeben. Bekanntlich liebe der Landmann solche Bäume nicht, die ihm in mancher Beziehung für seine Felder nachtheilig und schädlich seien. Man würde diesen Widerstand der Landleute nicht überwinden können. Eben deshalb, weil der Weg nicht weiter geführt werden könne, sei er gegen den Vorschlag der Deputation und wünsche, daß sie einen andern mache, z. B. einen Spaziergang rund um die Stadt, mit Rücksicht auf den neuen Plan über die Bebauung der vorstädtischen Grundstücke, was freilich wohl viel mehr Geld kosten würde.

Herr Dr. C. Heineken: Die Deputation sei beauftragt worden, die Anlage eines Spaziergangs in der Nähe Bremens vorzuschlagen, ohne daß ihr Näheres darüber an die Hand gegeben wurde. Ein Spaziergang um die ganze Stadt in der Art und Weise, wie der früher ausgearbeitete Plan angab, würde sehr viel Geld kosten, es müßte expropriirt werden, da die Grundbesitzer, ebenso wenig wie die Pagenthörner auf gutwillige Weise etwas hergeben würden. Die Deputation glaubte deshalb für die Anlage wo möglich ein städtisches Areal vorzuschlagen zu müssen, weil dann bloß die Anlagekosten aufzuwenden sein würden. Da habe sie denn keinen geeigneteren Platz ausfindig machen können, als diesen. Wenn übrigens der Spaziergang direkt bis zur Niensberger Straße durchgeführt werden könnte, so würde das anliegende Land die Aussicht bekommen, in Gartenland umgewandelt zu werden und die Interessenten der Pagenthörner Feldmark werden selbst bemüht sein, gegen billiges Entgelt das Areal herzugeben, um sich Gelegenheit zu schaffen, Bauplätze nach Quadratfuß zu verkaufen.

Herr Ordemann war für den Deputationsvorschlag. Auf der Chaussee nach Schwachhausen könne sich der Fußgänger vor Staub nicht retten, dieselbe sei von Reitern und Wagen dermaßen belebt, daß der ruhige Spaziergänger keinen Genuß habe. Auch die Straße nach Woltmershausen — wofür zwar 100 R<sub>g</sub> ausgesetzt, aber nicht verwandt seien, — sei kein angenehmer Spaziergang. So würde also dieser Spaziergang von der Bevölkerung freudig begrüßt werden. Bis jetzt nützte die Weide vorzugsweise bloß den Bürgern, die Milchwirthschaft betreiben. Die Schießbahn habe eine andere Richtung und würde deshalb wohl für die Spaziergänger nicht gefährlich werden können. Was die Fortsetzung bis zur Niensberger Straße betreffe, so könne die Bürgerschaft die späteren Vorschläge abwarten.

Herr Joh. Höpfen: Er müsse berichtigen, daß allerdings die Weidedeputation, deren Mitglied er sei, durch ihn davon in Kenntniß gesetzt sei, daß die Deputation einen solchen Bericht vorlegen werde. Nach dem, was er erfahren habe, halte die Weidedeputation bloß das Interesse der Weide im Auge; wenn also Senat und Bürgerschaft diesen Spaziergang beschließen, sei es eben so gut. Der Redner war ebenfalls der Ansicht, daß die Pagenthörner Bauerschaft bei einer Fortsetzung bis zur Niensberger Straße gern das erforderliche Land für einen Fußweg abtreten werde, weil sie

es dann als Gartenland nach Quadratfuß verkaufen und sich damit ein Capital schaffen könne. Er beantrage aber,

daß die nähere Bestimmung der Breite des anzulegenden Spaziergangs der Deputation überlassen werde.

Für den Torsschiffszug müßte allerdings noch Raum gelassen werden. Werth sei das hier in Frage kommende Land für Weidezwecke nichts und einerlei, ob 30 oder 60 Fuß hergegeben werden. Hinsichtlich der Schießbahn mache auch er darauf aufmerksam, daß dieselbe in westlicher Richtung sich ausdehne, während der Spaziergang nordöstlich gehen werde.

Herr Dannemann: Er habe den Bericht allerdings durchgelesen und daraus ersehen, daß eine Fortführung des Wegs nach der Niensberger Straße nicht ausführbar sei. Wer Weiden habe, bedenke sich wohl, Land für eine Parkanlage herzugeben. Schon vor einigen Jahren, als Herr Höpfen die Weide mit Bäumen bepflanzen lassen wollte, habe er ihn gebeten, dieses nicht zu thun, wohl aber den hintersten Damm mit Bäumen bepflanzen zu lassen. Wenn die Deputation gesagt hätte: wir wollen den Weg weiter nach der kleinen Wumme hinunter führen, so würde er mit Freuden ja sagen. Der Redner hielt seinen Antrag aufrecht.

Herr Ruyter beantragte:

Schluß der Verhandlung.

Herr J. F. Philippi stellte den Antrag:

diesen Bericht vorab der Weidedeputation zur Begutachtung zu übergeben.

Der Schluß wurde beliebt.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Herrn Dannemann und des Herrn Philippi abgelehnt, das Amendement des Herrn Joh. Höpfen angenommen, ebenso der Deputationsantrag und der Antrag des Herrn Dunge.

Pos. 4 und 5 wurden genehmigt. Bei Pos. 5 wurde der in Betracht kommende Deputationsbericht verlesen.

Zu Pos. 6.

Bau- und Unterhaltungskosten der Schlachte u. s. w.

wurde der

Bericht der Deputation für die Schlachte u. s. w.

verlesen.

Herr C. Lewes erläuterte als Mitglied der Deputation deren Bericht. Nach verschiedenen Mittheilungen haben sich die schmiedeeisernen Krähne sowohl in Hamburg, wo sie erst kürzlich vom Baudirector Schröder untersucht seien, als nach Berichten in England sehr bewährt. Der Redner nahm Bezug auf die im Bericht auseinandergesetzten Vorzüge dieser Krähne vor den hölzernen. Seitdem Herr Waltjen seinen Miß eingereicht habe, seien der Deputation noch andere Ideen zur Kunde gekommen, wornach sich ein solcher Krahn bei einer

einfacheren Construction noch viel billiger schaffen ließe. Vorläufig handle es sich nur um einen Krahn; die Herstellung der beiden Kräne an der Holzpforte werde noch bis dahin auszufegen sein, wo Näheres hinsichtlich der Zolleinrichtung bekannt sei.

Herr Hauschildt: Er erlaube sich bei dieser Gelegenheit einen Uebelstand zur Sprache zu bringen, von dem er sich neulich im Fährschiff durch Augenschein überzeugt habe. Die Fässer werden nämlich häufig aus den Schiffen nicht, wie vorgeschrieben, mittelst einer darumgelegten Kette, sondern aus Bequemlichkeit durch eingeschlagene Haken herausgehoben. Wenn diese Haken brechen, so sei das Leben der unter den Kränen in den Bötten befindlichen Menschen in Gefahr.

Herr H. H. Meier bemerkte, daß die erwähnte Vorschrift in den Contracten mit den Pächtern ausdrücklich enthalten sei, die Nichtbeachtung derselben daher auf einem Mißbrauch beruhe.

Pos. 6 wurde genehmigt.

Ebenso die Pos. 7 bis 9.

Herr Richter Meyer stellte nun den Antrag:

für jetzt mit der Verhandlung über das Budget aufzuhören.

Es sei zu verwundern, daß jetzt so viele Herren die Versammlung verlassen können in einem Augenblick, wo es sich um die Bewilligung so bedeutender Ausgaben handle. In Rücksicht auf das allgemeine Wohl finde er es aber nicht gerechtfertigt, daß bei einer so geringen Anzahl von Anwesenden so bedeutende Summen bewilligt werden. Er möchte wünschen, daß noch einmal eine Versammlung zur Berathung des Budgets anberaunt, und für jetzt die Verhandlung über den Vertrag mit dem Königreich beider Sicilien begonnen werde. Die Zeit bis zu welcher spätestens die Auswechslung der Ratification stattfinden könne, trete wie er höre, im Lauf dieses Monats ein.

Herr H. H. Meier bedauerte, daß nun noch mit diesem Antrag wieder Zeit verloren gehe, und wies darauf hin, daß mehrere Ausgaben, namentlich für den Leuchthurm dringend der Bewilligung bedürften, daß endlich wohl das Votum der Hierbleibenden, welche sich also am meisten für die Sache interessieren, und am meisten sich darum bekümmert haben, wahrscheinlich mehr gelte, als das der Weggehenden.

Herr Nuyter schloß sich den Aeußerungen des Vorredners an, indem er noch darauf hinwies, daß ehe das Budget nicht bewilligt, die Finanzdeputation nur den vierten Theil der ordentlichen Ausgaben verwenden dürfe und deshalb die baldige Erledigung des Budgets dringend wünschenswerth, daß auch die für die Beschlußfähigkeit mindestens erforderliche Zahl eine sehr große sei, verglichen z. B. mit der bei dem englischen Parlament dafür festgesetzte Zahl von drei.

Herr Kösing war für den Antrag des Herrn Richter Meyer. Ein Beschluß von einer geringern Anzahl als 50 sei gegen die Geschäftsordnung. Ueber acht Tage könne die Bürgerschaft wieder zusammenkommen. Leider habe man 1856.

heute stundenlang unnöthigerweise in der Ballangelegenheit gesprochen.

Herr Victor war namentlich mit Rücksicht auf die dringend nothwendige Bewilligung der Ausgabe für die Convoje für Fortsetzung der Berathung über das Budget.

Die Verhandlung über den Antrag des Herrn Richter Meyer wurde auf Antrag des Herrn Dr. von Lengerke beschlossen und darauf jener Antrag abgelehnt.

Zu Pos. 10

Bau- und Unterhaltungskosten des Hafens zu Bremerhaven

kam der Bericht der Deputation für die Häfen und Hafenanstalten in Betracht.

Herr Richter Meyer: Bekanntlich habe Bremen einen bedeutenden Complex von Ländereien bei Bremerhaven vor mehreren Jahren gekauft. Dieselben sollten zu Hafengebäuden benützt werden. Dies habe jedoch noch nicht geschehen können, weil die Vereinbarung mit Hannover, um diese Ländereien unter Bremische Hoheit zu bringen, noch nicht zum Schluß gediehen sei. Wenn die Mitglieder der Deputation sich darüber aussprechen könnten, daß diese Vereinbarung in Aussicht stehe, oder welche Gründe dafür vorliegen, daß sie nicht schon in's Leben getreten sei, so würde er jede Aeußerung zurückziehen bereit sein, indem sie möglicherweise störend einwirken könnte. Sonst möchte er bevortworten, daß die Bürgerschaft auf Beschleunigung dieser Unterhandlungen antrage.

Herr H. H. Meier: Die Unterhandlungen haben sehr lange geschwebt, weil man sich über die Größe des unter Bremische Landeshoheit zu ziehenden Areals nicht habe verständigen können. Bei den Verhandlungen über den Zollvereinsvertrag sei diese Sache auch zur Sprache gekommen und wie im Bericht angedeutet, werde sie hoffentlich allernächstens zu einer Lösung gelangen, und dann auch das Land unter Bremische Landeshoheit gestellt werden.

Pos. 10 bis 14 einschließlich wurden genehmigt.

Bei Pos. 15 wurde auf Wunsch des Herrn Kösing das Specialbudget verlesen.

Pos. 15 bis 19 wurden genehmigt.

Ebenso Cap. X. pos. 1 bis 3.

Zu Pos. 4

Chaussee nach Schwachhausen und Oberneuland erbat sich

Herr Dr. Adami Verlesung des Specialbudgets und bemerkte sodann: der Zustand des Pflasters auf den Bremer Chausseen sei sehr schlecht. Wenn ein Fremder so freundlich sei, einen Bremer zu besuchen, so werde er, wenn er aus einem der benachbarten Länder komme, sehr holprig empfangen. Die Bremer Chausseen seien fast die schlechtesten in ganz Deutschland, so daß es nothwendig sei diesem Uebelstand abzuhelfen.

Durch die Weser habe man Grund genug um eine Grandbahn oder eine makadamisirte Chaussee herzustellen. Ueberall thue man das Mögliche zur Erleichterung der Communicationen und Verbesserung der Wege. In den meisten Ländern bringen die Chausseen keine Einnahme. Hier bringen sie 12,000 *R<sub>h</sub>*, so daß nicht nur die Ausgaben gedeckt werden, sondern noch ein kleiner Ueberschuß sich ergebe. Er möchte nun vorschlagen hinsichtlich der Verbesserung mit der Schwachhauser Chaussee anzufangen und demnächst an die Straße nach Hemelingen und später an das linke Weserufer zu denken. Was insbesondere diese Chaussee betreffe, so werde sie vorzugsweise von denjenigen welche das Landleben lieben, benutzt. Das Vergnügen am Landleben habe aber in den letzten Jahren wesentlich abgenommen, weil es durch den schlechten Weg theuer erkauft werden müsse und zudem das Reisen sehr erleichtert sei. Die Herren mögen bedenken ob es nicht zweckmäßig sei, eine kleine Ausgabe der Art zu machen, um sie später wieder durch eine höhere Einnahme ersetzt zu sehen. Sein Antrag gehe dahin:

Bevor die Bürgerschaft sich über diesen Posten erklärt, ersucht sie die Deputation um einen Bericht über die Kosten eines Pflasters von Polirsteinen von der Schleifmühle bis in die Nähe des Schwachhauser Chausseehauses, und einer daran sich anschließenden Bahn von Steinschlag bis weiter an die Horner Brücke, indem sie zugleich die Deputation ersuche auch auf eine Verbesserung der andern Chausseen durch wenigstens theilweise Makadamisirung derselben demnächst Rücksicht zu nehmen.

Die Herren werden bemerken, daß er die gegen den früheren Bericht der Wegbaudeputation erhobenen Bedenken zu beseitigen gesucht habe. Bei einer Chaussee von Polirsteinen werde der Staub vermieden und die Kosten werden sich höher stellen.

Herr Kösing hatte nichts gegen einen Bericht einzuwenden, glaubte aber daß es eine kostspielige Ausgabe sein werde, vorzugsweise zum Vortheil der Fahrenden und Reitenden.

Herr Dannemann bemerkte, daß er gern zuerst die weit schlechteren und von Fußgängern vielfach benutzten Communalwege berücksichtigt sähe.

Der Antrag des Herrn Dr. Adami wurde angenommen.

Pos. 4 bis 6 wurden genehmigt.

Zu Pos. 7

#### Weg nach Woltmershausen

bemerkte

Herr Dunke, daß diese schon seit mehreren Jahren im Budget als Unterstützung für die Wegverbesserung erscheinende Summe von 100 *R<sub>h</sub>* noch nie verausgabt sei, und daß es wünschenswerth wäre, die Landleute thäten einmal etwas, da der Staat ja auch durch die Brücke über den Sicherheitshafen für bessere Communication in jener Gegend gesorgt habe.

Herr Ordemann stellte den Antrag:

daß dieser Posten von 100 *R<sub>h</sub>* zur Verbesserung des Wegs nach Woltmershausen nun auch zur Verwendung kommen möge,

indem er darauf hinwies, daß dieser Weg der einzige sei, welcher von den Neustädtern zu Spaziergängen benutzt werden könne.

Herr Dr. Delrich bemerkte, daß die Ausgabe von 100 *R<sub>h</sub>* nur für diejenige Strecke, welche von Seiten des Staats an diesem Wege in Ordnung zu halten, bestimmt sei, der Weg selbst aber von der Bauerschaft erhalten werden müsse.

Herr Richter Kluglitz schloß sich dem Vorredner an. Die Ausgabe sei nicht gemacht, weil sich kein Anlaß dafür gefunden. Der Redner erinnerte an den gefaßten Beschluß in Beziehung auf Spaziergänge außerhalb der Stadt. Welche das sein sollen wisse er nicht. Wenn die Bürgerschaft aber wieder einen solchen Antrag annehme, so würde das vielleicht mit jenem Beschluß nicht stimmen.

Herr Dunke erinnerte an einen früher von der Wegbaudeputation in dieser Sache gegebenen Aufschluß, wornach die Landleute erst Sand aufzufahren haben, ehe für das Pflaster gesorgt werden könne.

Herr Richter Meyer: Die Bürgerschaft könne nicht zur Verwendung einer Ausgabe auffordern, ehe sie nicht wisse, ob wirklich Mängel vorliegen, denen abgeholfen werden müsse. Der Redner verwies auf das Budget für außerordentliche Verwendungen, worin für Verbesserung der Wege im Niederwielande 470 *R<sub>h</sub>* ausgesetzt seien.

Herr Ruyter war ebenfalls gegen Antrag des Herrn Ordemann: derselbe enthalte gewissermaßen eine Provocirung zur Verschwendung. Die Betheiligten mögen sich an die betreffende Behörde wenden.

Herr Ordemann: Seit mehreren Jahren sei dieser Posten zu dem doch irgend eine Bestimmung sein müsse, im Budget aufgenommen, ohne zur Verwendung zu kommen. Und doch höre man die verschiedensten Klagen über den schlechten Zustand des Wegs. Die Bürgerschaft müsse daher auf Verbesserung dringen. Der Redner zog seinen Antrag zurück und stellte statt dessen folgenden Antrag:

die Bürgerschaft ersucht den Senat, Unterhandlungen einzuleiten, daß die Unterhaltung des Weges nach Woltmershausen, sowohl des Fußwegs wie der Pflasterbahn, von Staatswegen übernommen werde.

Herr Präsident bemerkte, daß der Antragsteller sich doch erst hätte über die Sachlage orientiren müssen, da voriges Jahr ein ausführlicher Bericht über diese Angelegenheit gekommen sei.

Nach weiterer Besprechung einigte man sich über folgende Fassung:

die Bürgerschaft ersucht die betreffende Behörde, veranlassen zu wollen, daß der Weg nach Woltmershausen gut unterhalten werde, —

welche angenommen wurde.

Pos. 7 und 8 wurden genehmigt.

Zu Cap. 11. pos. 1 bis 4.

Bureaukosten verschiedener Kanzleien

bemerkte

Herr Archivar Dr. Meinerzhagen: Es handle sich bei diesem Posten um die einzelnen Kanzleien auf dem Rathhause, und es sei daher hier der Ort, die dort bestehenden Mängel zu rügen. Da sei denn ein großer und der Bürgerschaft aus früheren Verhandlungen wohlbekannter Mangel in der Einrichtung des Erbe- und Handfestenamts: daß das Lokal viel zu klein für den Bedarf sei. Bekanntlich bedürfen auch andere Räume im Rathhause dringend einer Verbesserung da sie keineswegs den Anforderungen des Publikums entsprechen. Man habe gewartet, weil man hoffte, eine radikale Veränderung in dem Bürgerschaftshause zu finden. Die Veränderung der Kanzlei des Erbe- und Handfestenamts aber sei weniger kostspielig und zugleich augenblicklich dringend notwendig. Die dort Verkehrenden werden sich selbst überzeugen haben, daß das dort anzusammelnde Material auf die Dauer unmöglich auch nur einigermaßen in Ordnung gehalten werden könne und nur der außerordentlichen Genauigkeit des Personals sei es zuzuschreiben, daß kein Unglück bisher noch passiert sei. Ebenso fehle es an Raum für die Handfesten, die zum Eintragen deponirt werden und manchmal 100,000  $\mathcal{R}$  im Werth seien. Sie liegen da, einigermaßen, aber keineswegs auf solche Weise geordnet, wie es den Erfordernissen entspreche. Es werde sich einige Abhülle schaffen lassen, wenn man auf dem betretenen Wege fortfahrend, noch ein Fenster von der Halle hinzufügte. Es werde eine Ausgabe von einigen 100  $\mathcal{R}$  machen, die die Abhülle für einige Zeit wohl werth sei. Er stelle folgenden Antrag:

Da die Räumlichkeit der Kanzlei des Erbe- und Handfestenamts dem vorhandenen Bedürfnisse keineswegs entspricht, so ersucht die Bürgerschaft die Baudeputation, darüber zu berathen, ob nicht förderfamst eine einstweilige Vergrößerung derselben durch einen weiteren Anbau herbeigeführt werden könne.

Herr Dr. Delrichs unterstützte diesen Antrag. Es sei wirklich ein Jammer, wie es an dieser Kanzlei aussehe in Rücksicht auf den Raum. Es werde täglich eine Menge Papier hinzugebracht. Hier lassen sich erledigte Sachen nicht repouren wie bei andern Kanzleien, weil die Sachen jeden Tag zur Fortführung wieder aufleben können. Es müssen jetzt Handfesten im Werth von Hunderttausenden unter den Tisch gelegt werden, da sonst kein Raum sei.

Herr Kösing unterstützte den Antrag des Herrn Dr. Meinerzhagen: es wäre vielleicht gut, wenn einmal ein kleines Unglück, wenigstens ein Schreck passirte, damit die Nothwendigkeit sich recht herausstellte. Die Bürgerschaft habe sieben Jahre schon um das Bürgerschaftshaus gefreit und noch höre man nichts, daß es damit vorwärts gehen solle. Die Beschwerde des Herrn Dr. Meinerzhagen lasse sich eben so gut auf die Untergerichtsstube anwenden. In jedem Dorfe Deutschlands sei die Gerichtsstube besser als hier, namentlich im Sommer müssen eine Menge Leute draußen stehen bleiben.

Vielleicht ließe sich auf der Börse, wo noch Zimmer frei seien, eine einstweilige Abhülle schaffen.

Herr Ordemann war ebenfalls der Ansicht, daß bis zur Herstellung des neuen Gerichtshauses hinsichtlich des Untergerichtssaales einstweilige Abhülle geschaffen werden müsse. Die Uebelstände bei dem jetzigen seien wirklich sehr groß. Oft müssen über 100 Personen zusammengepfercht öfter lange warten. Vielleicht wäre es besser dieses Local dem Erbe- und Handfestenamts einzuräumen, in Rücksicht auf die Architectur des Rathhauses, welche durch moderne Fenster verunziert werde.

Herr Dr. Köning unterstützte den Antrag des Herrn Dr. Meinerzhagen, unter Bezugnahme auf die von demselben angeführten Motive. Schon seit längerer Zeit sei die Sache angeregt und auch mit einem Mitgliede der Baudeputation schon besprochen, jedoch ohne Resultat, weil der Bau des neuen Gerichtshauses in Aussicht stehe. Da aber voraussichtlich dieser Bau sich noch lange Zeit hinzögern werde, und die Sicherheit der Kanzlei mit jedem Jahr größeren Raum in Anspruch nehme, so würde die Ausführung des Antrags des Herrn Dr. Meinerzhagen sehr zweckmäßig sein. Es brauchten nur ein oder zwei Fenster der Rathhausehalle hinzugezogen zu werden. Die Baukosten würden höchstens 400  $\mathcal{R}$  betragen.

Herr H. H. Meier beantragte:

Schluß.

Herr Ordemann stellte das Amendement:

daß das Untergerichtszimmer in gleicher Weise vergrößert werden möge.

Dies Amendement wurde nicht unterstützt.

Herr Kösing stellte den Antrag:

daß darauf Bedacht genommen werde, bis zur Vollendung des neuen Gerichtshauses die Sitzungen des Untergerichts in ein anderes Local zu verlegen.

Der Schluß wurde beliebt.

Der Antrag des Herrn Dr. Meinerzhagen wurde angenommen, der Antrag des Herrn Kösing abgelehnt.

Pos. 1 bis 8 wurden genehmigt.

Zu Pos. 9

Ausgaben für die Postanstalten

stellte

Herr Ruyter folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft empfiehlt der Deputation ihre Bemühungen dahin zu richten, daß die mit den Courierzügen für Bremen bestimmte Correspondenz, sowohl aus östlicher als westlicher Richtung in rascher Beförderung ab Wunstorf vermittelst eines eignen Bahnzuges hither gelange, da die jetzige Einrichtung, den Briefbeutel durch eine Dräfsine zu befördern den Anforderungen

des Handelsstandes, einer unverkümmerten Theilnahme an den Vortheilen der beschleunigten Bahnzüge in den Hauptrichtungen unmöglich genügen kann.

Bekanntlich seien vor einiger Zeit diese beschleunigten Courierzüge eingerichtet. Sie bringen um Mitternacht die Correspondenz nach Wunstorf. Von da werde sie mittelst der Dräfsine hierher besorgt, die in der Regel früher als der um 10 Uhr Vormittags hier eintreffende Zug ankomme. Sie habe aber häufig während des Winters nicht fahren können, sei also ein ungenügendes Auskunftsmittel. Man dürfe nicht müde werden, darauf hinzuweisen, daß in dieser Beziehung bessere Einrichtungen getroffen werden. Es sei zu wichtig, daß die Kaufmannschaft rechtzeitig in Besitz der Correspondenz namentlich vom Westen, woher die amerikanische Post komme, gelange.

Herr H. S. Meier war mit diesem Antrag vollkommen einverstanden, bemerkte jedoch, daß wohl nicht von einer Fortsetzung von Bemühungen die Rede sein könne, da die Postdeputation sich bisher mit der Sache nicht bemüht habe. Die Sache war an die Eisenbahndeputation verwiesen.

Herr Ruyter änderte seinen Antrag dahin, daß es im Eingang statt „fortzusetzen“ heiße „dahin zu richten.“

Herr Richter Meyer: So sehr man für die von Herrn Ruyter angeregte Sache sein müsse, indem es eine große Beein-

trächtigung für den Handelsstand einer so bedeutenden Stadt wie Bremen sei, wenn eine dahin führende Eisenbahn mit einer Dräfsine gewissermaßen zum Spott befahren werde, so halte er doch dafür, daß nicht die Postdeputation sondern die Eisenbahndeputation diejenige Behörde sei, an welche die Sache gehen müsse, denn sie habe die Verhandlung mit Hannover gepflogen und durch ihre Vermittelung könne der Zug zuerst ins Leben geführt werden.

Herr H. S. Meier hielt gerade die Postdeputation für die geeignetste Behörde, denn es handle sich hier nicht um einen Zug für Passagiere und Güter, sondern um Beförderung des Brieffelleisens. Ob die Eisenbahndeputation sich mit Hannover in Unterhandlung einlasse, habe nichts hiermit zu thun. Es könnte sein, daß Senat und Bürgerschaft bewilligten aus den Ueberschüssen des Postbetriebes eine eigne Locomotive zur Beförderung des Brieffelleisens zu bezahlen. Dann sei das Weitere einzige Sache der Postdeputation. Hannover habe sich bereit erklärt für diesen Fall.

Der Antrag des Herrn Ruyter wurde angenommen.

Pos. 9 bis 17 des XI. Capitels wurden genehmigt, ebenso Cap. XII. XIII. XIV. und XV.

Hier wurden die Verhandlungen abgebrochen und die Sitzung nach Verlesung und Genehmigung der Beschlüsse um 7<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr geschlossen.